

„Niemand kann uns die Verantwortung abnehmen“

Eine überwältigende Leser-Resonanz gab es auf die große Initiative der zwölf Frauenzeitschriften zur Änderung der Abtreibungs-Regelung. Hier einige Briefe.

■ Ihre Initiative finde ich wirklich großartig. Wenn jetzt die schwierigen Diskussionen im Bundestag losgehen, tut es gut zu wissen, daß die Frauenpresse mitmacht. Wir haben jetzt nach vielen Jahren wieder die Chance, das Recht um den Schwangerschaftsabbruch gründlich zu reformieren. Wenn das gelingen soll, müssen noch etliche Abgeordnete überzeugt werden, daß Bestrafung und Zwangsberatung abgeschafft gehören. Das schaffen Presse und Öffentlichkeit meistens besser als wir Parlamentarierinnen. Bleiben Sie dran!

*Inge Wettig-Danielmeier (MdB),
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)*

■ So einfach sollten Sie es sich nicht machen, insbesondere ist der Hinweis auf den 120 Jahre alten § 218 StGB verfehlt. Sie hätten sich mindestens vom Inhalt der damaligen Strafvorschrift und vom Inhalt der heutigen geltenden Fassung überzeugen können und wären dann zum Ergebnis gekommen, daß er vom Grundsatz und Gehalt wesentlich verändert wurde. Gerade Sie, die Sie behaupten, im Verbund 20 Millionen Leser zu erreichen, tragen eine besondere Verantwortung und diese auch für das werdende Leben. Es ist auch keine Diskriminierung, wenn man in einer Konfliktsituation – und dies ist ganz sicher der Fall, wenn man sich überlegt abzutreiben oder nicht abzutreiben – sich beraten lassen muß, um dann gegebenenfalls eine freie Entscheidung zu treffen.

*Prof. Dr. Wolfgang Frhr. v. Stetten,
CDU (MdB)*

■ Ihr „Offener Brief“ an das Parlament, in dem Sie sich für eine Fri-

stenlösung und das Recht, aber nicht die Pflicht der Beratung bei einem Schwangerschaftsabbruch einsetzen, findet meine volle Unterstützung!

Als Frau und als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion werde ich mich für ein Schwangerenhilfegesetz, das die SPD-Frauen in der Fraktion erarbeitet haben, einsetzen. Es deckt sich in den wesentlichen Punkten mit Ihren Forderungen:

Wir wollen für die Frauen Straffreiheit erreichen, wollen die Fristenlösung, wollen das Recht auf Beratung, setzen uns für eine breit angelegte Sexualaufklärung und soziale Hilfe für Familien sowie Rechtsansprüche ein. Mit Ihrer Aktion, die hoffentlich viele (männliche) Parlamentarier erreichen wird, haben Sie uns mit notwendiger Hilfe auf breiter öffentlicher Basis unterstützt!

Uta Titze, SPD (MdB)

■ Strafantrohung hat sich als Schutz für werdendes Leben als ungeeignet erwiesen. Beratung mit der Zielsetzung, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern und Konfliktsituationen zu klären, sowie soziale Hilfe, z. B. für Alleinerziehende, können – das hat die Praxis in Nachbarländern gezeigt – hier Besseres leisten.

Niemand kann einer Frau im Gewissenskonflikt die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch abnehmen. Eine Zwangsberatung lehnen wir Sozialdemokraten ab, da wir die Gewissensentscheidung der Frauen achten und respektieren. Eine Zwangsberatung würde die Frauen erneut unter Druck setzen und sie in ihrer schwierigen Situation psychologisch belasten und kriminalisieren.

Lothar Fischer, SPD (MdB)

■ Die aufsehenerregende Aktion, daß sich die zwölf wichtigsten Frauenzeitschriften Deutschlands zusammengetan haben, um den frauenfeindlichen § 218 abzuschaffen, findet meine volle Unterstützung. Ich bin seit 20 Jahren für die Fristenlösung. Jeder Schwangerschaftsabbruch ist einer zuviel, wir wissen aber auch: Keine Frau hat sich in einer Notsituation je von einem Strafrechtsparagrafen von der Abtreibung abhalten lassen. Deshalb gilt für mich: Hilfe statt Strafe und eine Fristenlösung, die dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen entspricht.

*Ingrid Matthäus-Maier (MdB),
Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion*

■ Mit der Fristenlösung beginnt für die ersten drei Monate ein Auswahlverfahren, lebenswert – nicht lebenswert, gewünscht – ungewünscht, bequem – unbequem, geplant – ungeplant. Es steht uns eigentlich nicht zu, über Leben oder Tod zu entscheiden, und in Ausnahmefällen geht es nicht ohne gute, fachliche Beratung.

Kathrin Vörtl, Weyarn

■ Ich finde diese Art, Druck auf die Abgeordneten auszuüben, unglaublich mies und undemokratisch. Sie täuschen vor, die Meinung von Millionen von Frauen zu vertreten. Dieses Spielchen mache ich nicht mit und rufe alle Frauen, die ähnlich wie ich denken, auf, ihre Meinung zu äußern.

Elisabeth Staudenmaier, Bad Soden

■ Ihr offener Brief an die Bundestagsabgeordneten zum § 218 des StGB hat mich sehr verärgert. Von Ihrer Zeitschrift hatte ich eine sachlich ausgewogene Information zum Thema § 218 erwartet, nicht aber eine massive Manipulation der Leserschaft, wie sie mit diesem Schreiben vorgenommen wird. Indem Sie für die 12 Zeitschriften zusammen eine Leserschaft von knapp 20 Millionen Leserinnen und Lesern angeben, beanspruchen Sie indirekt, von der gleichen Anzahl Personen ein Mandat zu dieser Art offenen Briefes



Schönheit für
große Größen

Ja ich interessiere mich für *Rosa Faia*

Schicken Sie mir bitte kostenlos den neuen Rosa Faia-Prospekt.

Name _____

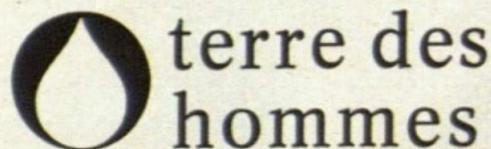
Straße _____

Wohnort _____

-ANITA-Dr. Helbig GmbH & Co KG
D-8204 Brannenburg/A-6330 Kufstein
CH-corsa nova, 6205 Eich a. Sempachersee

Bitte helfen Sie uns zu **HELFEN:**

In der Dritten Welt und bei uns. Damit Kinder Chancen haben! Durch Ihre Spende an



Ruppenkampstraße 11a, 45 Osnabrück,
SPENDENKONTO 700, KENNWORT
"CHANCEN", BfG Osnabrück, BLZ 265 101 11

Fortsetzung

erhalten zu haben. Davon möchte ich mich – und ich kenne eine große Anzahl Frauen und Männer, denen es ebenso ergeht – auf das Entschiedenste distanzieren. Ich wiederhole nochmals: Von einer Zeitschrift wie der Ihrigen erwarte ich ausgewogene Informationen, d. h. die Darstellung verschiedenster Standpunkte zu umstrittenen Themen, damit ich mir selbst ein Urteil bilden kann, aber keine Manipulation und keinen Mißbrauch der Tatsache, daß ich Ihr Blatt kaufe. Schade, daß Sie sich so unkritisch vor den Emma-Karren spannen lassen!

Dr. Adelheid Jacobs-Sturm, Krefeld

Anm. der Red.: Die Aktion war deutlich ausgewiesen als eine von den Chefredakteurinnen und Chefredakteuren getragene. Es wurde weder im Namen der Leserschaft noch im Namen der gesamten Redaktionen gesprochen.

Über den offenen Brief an die Abgeordneten habe ich mich sehr gefreut. Ich hoffe, daß durch diese ungewöhnliche gemeinsame Aktion den Abgeordneten deutlich wird, wie viele Frauen hinter diesen Forderungen stehen, und sie endlich unsere berechtigten Interessen sehen, verstehen und dementsprechend handeln. Die Zwangsberatung z. B. hilft mir nicht weiter, sie nützt mir nicht, sie dient fremden Interessen, ich will sie deshalb nicht haben.

Nanette Mramor, Hamburg

Ich finde es großartig, daß sich zwölf so verschiedene Zeitschriften gefunden haben, um diese für uns Frauen so wichtige Angelegenheit wie den § 218 anzugehen. Die Frage der Zwangsberatung ist dabei eine der wichtigsten. Daß es dabei um Einschüchterung geht, ist in meinen Augen offensichtlich. Jede Frau sucht sich Rat, wenn sie ihn braucht. Keine Frau hingegen wird eine Beratung, die unter Strafandrohung erzwungen wird, als tatsächliche Beratung empfinden.

Carola v. Paczensky, Hamburg

Das Thema „Abtreibung“ dürfte es überhaupt nicht geben! Auch hat kein Politiker das Recht, über Abtreibung oder Nicht-Abtreibung zu entscheiden; dies kann nur jede Frau für sich ganz allein. Sie ist nämlich die Ver-

antwortliche für das werdende Leben. Jede Abtreibung wird sich auf das spätere SEIN der Frau auswirken, sei es in geistiger, körperlicher oder auch zwischenmenschlicher Beziehung. Mit Verboten oder Einschränkungen, halberhitzigen Zusagen und „großen Worten“ ist hier nichts zu erreichen. Vielmehr muß eine großangelegte Aufklärung stattfinden; nicht nur bei den Erwachsenen, sondern schon bei den Kindern in der Schule.

Elke Scheibert, Wuppertal

Im Familienplanungszentrum Hamburg werden seit neun Jahren ambulante Schwangerschaftsabbrüche und die gesetzlich vorgeschriebenen Beratungen vor dem Eingriff unter einem Dach durchgeführt. Aus den dabei gemachten Erfahrungen sind auch wir mehr denn je gegen den § 218 und gegen jegliche Zwangsberatung. Deshalb begrüßen wir die Initiative der Chefredakteurinnen und Chefredakteure deutscher Frauenzeitschriften und möchten uns dem Appell an die Abgeordneten anschließen.

Marina Knopf, Hamburg

Gegen die Gemeinschaftsaktion zum Thema Fristenregelung, an der sich auch Ihre Zeitschrift beteiligt hat, protestieren wir im Namen der durch Abtreibung geschädigten Frauen. Die Presse (unverständlicherweise sogar Frauenzeitschriften) versucht, die öffentliche Meinung zu manipulieren, obwohl die Fristenregelung die Regelung einer Männerlobby ist. Per Gesetz soll jegliche Verantwortung allein auf die Frauen abgewälzt werden. Die Mutter und ihr Kind werden dadurch nicht geschützt, sondern dem Druck der Männer ausgeliefert. Unter dem Decknamen „Freiheit für die Frau“ wird möglichst alles Unangenehme auf sie abgeschoben. Unangenehm aber ist eine Abtreibung nicht nur für das Kind (es wird grausam getötet), sondern auch für die Mutter durch das Post Abortion Syndrom (Nach- Abtreibungs-Syndrom).

*Selbsthilfegruppen „Rahel“,
Christa Heinel, Hofheim*

Ich empfinde es als großes Glück, nie in die Lage gekommen zu sein, eine Schwangerschaft abbrechen zu müssen, aber ich habe in meinem 56jährigen Leben viele Frauen in dieser Situation kennengelernt, von denen keine sich „leichtfertig gegen das Leben entschied“ – für alle war es ein schwerer Entschluß.

Hannelore Eberstein, Berlin